

Während im Juli eher weniger passiert ist, wird im BiPol-Referat im August in die Planungsphase für das kommende Semester und Jahr gestartet. Es waren noch keine Projekte am Laufen, aber für den Schulstart war eine Stellungnahme zu Verschlechterungen für die Lehrer_innenbildung geplant, die in Kooperation mit dem Referat für Lehrer_innenbildung West ausgearbeitet wurde. Darüber hinaus standen eine Minikampagne zum NS-Widerstand, der unabhängig von Christoph Probst in Innsbruck stattgefunden hat, in Zusammenarbeit mit Errinern.at und der StV Geschichte und ein Anforderungskatalog für die GRW 2024 in Innsbruck auf dem Plan.

Aufgrund des Urlaubs des Sachbearbeiters und des Umstandes, dass die Uni erst wieder Anfang Oktober öffnet, wurde im September lediglich beraten und für das kommende Semester vorbereitet. Es gab eine Anfrage zur Aufbewahrung von Bachelorarbeiten. Im Zuge der Klärung dieser Anfrage wurde Kontakt mit dem Vizerektorat für Lehre und Studierende aufgenommen. Ansonsten war ein Projekt zur Reichsprogromnacht in Arbeit, dass aus dem vormaligen Planungsprozess zum NS-Widerstand hervorging. Darüber hinaus hatte die Sammlung von Forderungen und Ideen für einen Anforderungskatalog bzgl. der Innsbrucker Gemeinderatswahl im April 2024 begonnen.

Neben einem Beratungstermin zu ungerechtfertigter, negativer Bewertung und einem regen Austausch zu neu erstellten Curricula, war der Oktober vor allem von Besprechungen zur Regelung von KI in der Lehre und beim Schreiben von Arbeiten geprägt. Darüber hinaus haben wir einen Leserbrief zum Verhältnis von Studium und Arbeit erstellt, welcher am 30.10. in der TT abgedruckt worden ist. Für den 09.11. wurde ein Rundgang zu verschiedenen Erinnerungsorten geplant, bei dem unter anderem ein Kranz am jüdischen Friedhof abgelegt wurde. Zusätzlich fand neben anderen Veranstaltungen ein Konzert am 08.11. statt.

Im November wurde ein offener Brief zur Situation am Sonnendeck verfasst und ausgesickt. Darüber hinaus wurden wieder einige Curricula bestellungnahmt und ein Workshop zum UG und HG des Bundes besucht.

Der Dezember war aufgrund der vorlesungsfreien Zeit etwas ruhiger. Nennenswert ist ein Vernetzungscall mit der Südtiroler Hochschülerschaft. Die SH wollte einen Vortrag anlässlich des zweijährigen Jubiläums der Ukraine-Invasion mit anschließender Podiumsdiskussion veranstalten, der einen Blick auf die aktuelle Situation werfen sollte. Dabei würden sie sich darüber freuen, wenn wir die Veranstaltung mit ihnen gemeinsam organisieren würden. Darüber hinaus ist ein negatives Statement zu Ausweiskontrollen an den Campi der Uni geplant, da es sich dabei um öffentlichen Raum handelt und wir beschränkten Zugang daher nicht unterstützen.

Im Februar wurde einerseits an einem Positionspapier zu KI an der Uni gearbeitet und andererseits an einer Veranstaltung zur Gemeinderatswahl in Innsbruck im April. Darüber hinaus standen Diskussionen und Austausch zu den geplanten UG- und HSG-Änderungen an. Darauf folgend gab es interne, bilaterale Gespräche, um über die Änderungen zu diskutieren und zu informieren.

Im März und April fanden Austauschstände an der SoWi, GeiWi und an der Technik statt, um weitere Ideen für einen Anforderungskatalog für die Gemeinderatswahlen zu sammeln.

Zusätzlich wurde organisatorisch ein bisschen bei der Podiumsdiskussion mitgeholfen, die zur Gemeinderatswahl angesetzt wurde.

Im Mai wurde vor allem an der Podiumsdiskussion zur EU-Wahl gearbeitet. Dabei waren vor allem die Suche nach einem geeigneten, fachkundigen Moderationsteam und die Fragensauswahl von Bedeutung. Auch die Anmeldung an der Universität und die Bewerbung über Social Media waren zeitaufwendig.

Im Juni und über den Sommer steht nun die Vorausplanung für das kommende Jahr und Semester an. Dabei ist es uns vor allem ein Anliegen eine Aufklärungskampagne zur Politik an der Universität zu erstellen. Diese kann einerseits zu Semesterbeginn für die neuen Studierenden genutzt werden und andererseits auch für die anstehenden ÖH-Wahlen im Mai des kommenden Jahres. Dabei sollen Funktionsweise, Wahlformalien und Anlaufstellen von StVs, FVs, Senat, Rektorat und Unirat besprochen werden.